

Die Arbeit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für sechs Monate 12,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postgebühren nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zusätzl. Saluto-Ausschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Werbebefreiung, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Hauptzeile ober dem Namen kostet 4,- M. einschließlich Leerräumen. Kleinere Zeilen: Das fertige Blatt 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leerräumen. Zusätzliche Zeilen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wer-Anzeigen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisprophet: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4648, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die drohende Hungertatastrophe

Ablieferungstreik der Landwirte — Fehlbetrag an Getreide für sechs Monate — Täuschungsversuche der Regierung

Die von der bürgerlichen Regierung gewaltsam herbeigeführte freie Wirtschaft mit Kartoffeln und Fleisch, die Freigabe der Einlage für eine ganze Reihe anderer Erzeugnisse hat zum

Zusammenbruch unserer Ernährung

geführt. Insbesondere zum Zusammenbruch der Brotgetreideversorgung. Die Ernährungsaussichten sind daher gegenwärtig schlimmer als zu irgend einer anderen Zeit während und nach dem Kriege. Monatlang hat die von jeglichem Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit freie Regierung diese Tatsachen mit frecher Stirn geleugnet, alle Tatsachen schroff in Abrede gestellt. Jetzt aber, wo der Zusammenbruch unmittelbar vor der Tür steht, muß auch sie die von uns stets behaupteten Tatsachen richtig anerkennen, obwohl sie auch jetzt noch nicht die gesungenen Anstalten macht, die Schritte zu tun, die allein das drohende Unheil, das fürchterliches Elend über Millionen Menschen herbeiführen wird, abwenden können.

Die Ablieferung an Brotgetreide ist seit Wochen außerordentlich gering. Sie beträgt nur einen Bruchteil derjenigen Menge, die noch im vergangenen Jahre abgeliefert wurde. Die Frühbrüche, dieses Geschenk an die Landwirte, hat, wie wir damals vorausgesagt haben, nicht die geringste Besserung herbeigeführt.

Ermahnungen an die Landwirte haben nichts geschadet.

Besteht Uebersicht, deren Ernte in früheren Jahren zur Versorgung der Bedarfslücke gedient hat, verfügen jetzt über so wenig Getreide, daß sie von der Reichsgetreidekasse versorgt werden sollen. Der Schleichhandel blüht, die Verfälschung an das Vieh wegen der hohen Preise für Fleisch wächst ins Riesenhafte. Die Landwirte lassen ihr Vieh nicht verzehnen, erklärte neulich der Agrarierführer Koesike im Haushaltsausschuß des Reichstags. Dafür aber die Menschen, bei denen man nicht fragt, ob sie auch das Stückchen trockene Brot haben, das sie zum Stillen ihres Hungers gebrauchen.

Im Reichstag haben Montag auf Einladung des Reichsministers gegen Ernährung und für Landwirtschaft Verhandlungen mit den Vertretern sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen stattgefunden. In diesen Besprechungen mußte der Reichsminister Dr. Hermes all die verhängnisvollen Wirkungen seiner Politik angeben, die er bisher mit eiserner Stirn abgestritten hatte. Er erklärte: Die Ablieferung an Brotgetreide sei unvorstellbar gering.

Ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe suchte sich, von dem schrankenlosen Streben nach Gewinn ergriffen, der Ablieferungspflicht zu entziehen,

das Getreide entweder zu höheren Preisen im Schleichhandel abzugeben oder durch Verfälschung an Tiere gewinnbringend zu verwerten. Das Reich könne die Last der dadurch nötig werdenden gewaltigen Einfuhr nicht tragen. Der Zusammenbruch der Finanzwirtschaft des Reiches, zu dem eine Fortsetzung der gegenwärtigen Politik mit Sicherheit führen würde, werde jeden einzelnen Angehörigen des Reiches. Das Streben nach freier Wirtschaft müsse eine Grenze in den Notwendigkeiten des Volksganzen finden.

Die darin zur Schau getragene Sorge um die Allgemeinheit ist ein Mittel Heuchelei. Denn die Maßnahmen der jetzigen Regierung haben erst den Zusammenbruch und die unerträglichen Gefahren für die Allgemeinheit und für des Reiches Finanzen heraufbeschworen. Aber selbst in diesem Augenblick der höchsten Gefahr werden nicht die Mittel zur Abwendung angewendet, die allein eine Besserung versprechen können.

Die in Aussicht gestellten gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers sind ein Feigenblatt. Sie werden wirkungslos bleiben, weil gerade die ablieferungstreikenden Landwirte durch diese gesetzlichen Bestimmungen nicht getroffen werden, denn nur der „vorsätzliche“ Schleichhandel soll mit Zuchthaus bestraft werden. Herr Hermes hat sich auch beeilt, in seiner Rede zu versichern, daß sich seine Aktion nicht gegen die Landwirtschaft als solche richte. Es bedarf dieser Versicherung nicht, das deutsche Volk weiß, daß er ein Minister für die Landwirtschaft und gegen die Ernährung ist.

Aus den in dieser Sitzung erstatteten Angaben über die Erfassung an Brotgetreide geht hervor, daß ein

Fehlbetrag von mehr als 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide vorhanden ist. Das ist der Bedarf für mindestens sechs Monate. Eine Million Tonnen Auslandsgetreide ist bisher gekauft worden, für den Rest fehlen aber keine Mittel zur Verfügung. Kattlos steht die Regierung vor dem Trümmerhaufen ihrer Politik, wegen des Widerstandes der bürgerlichen Parteien und der alles beherrschenden Agrarier, der Industriellen und des Handels auch nicht fähig, irgend eine wirklich erfolgversprechende Maßnahme zur Abwendung der drohenden Hungertatastrophe zu ergreifen. Genau so wie neulich die bürgerlichen Parteien im Haushaltsausschuß des Reichstags den Antrag der sozialistischen Parteien abgelehnt haben, die Landwirte gemeinsam haftbar zu machen, um die Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen zu erzwingen, verlegte sich auch jetzt wieder die Regierung auf untertänige Bitten an die Einsicht und das Wohlwollen der Landwirte.

Diese Methode hat aber bereits Schiffbruch erlitten.

Denn diese Ermahnungen haben bisher auch nicht ein einziges Korn mehr zur Ablieferung gebracht. Und wenn deshalb in einer Entschloßung, die die Versammlung am Montag gefaßt hat, als einziges Mittel zur Abwendung der Katastrophe die Auffklärung beschlossen wurde, so ist das das Eingeständnis völligen Bankrotts der Politik der Regierung.

Aber mehr noch: Diese Anpreisung der Auffklärung als eines erfolgversprechenden Mittels ist ein Täuschungsversuch, der die Massen davon ablenken soll, daß die Mittel des kapitalistischen Klassenstaates gegenüber den über die Produktionsmittel verfügenden landwirtschaftlichen Unternehmern vollkommen versagt haben, daß

die Regierung nur stark ist im Kampf gegen die Arbeiter, aber schwach im Kampf gegen diejenigen, die durch ihre gewissenlose Handlungsweise, durch die rücksichtslose Durchsetzung ihres Gewinnstrebens nicht nur den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens verhindern, sondern auch die Hungertatastrophe für Millionen arbeitsamer Menschen herbeiführen.

Im Unterhause teilte Sir Short mit, daß die Brände in Liverpool ohne Zweifel das Ergebnis einer organisierten Verleumdung seien, bei der die Sinnfeiner die Hand im Spiele hätten. Die Polizei habe alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, über die öffentlich aber nichts mitgeteilt werden solle. Short erklärte, daß er hierüber eine Unterredung mit dem Polizeipräsidenten gehabt habe. Auf Grund dieser Unterredung werden beide Häuser des Parlaments für das Publikum geschlossen werden. Gestern blieben dann auch alle Tribünen, mit Ausnahme der Pressetribüne, leer. Die Parlamentsgebäude werden stark bewacht. Ebenso steht bewaffnete Polizei vor allen Ministerien und den Privatwohnungen der Minister.

Eisenbahnerstreik in Norwegen

Christiania, 29. November.

Die Eisenbahner in Norwegen stehen in einer Lohnbewegung. Im Storting wurde den Eisenbahnangestellten anheimgegeben, den Streik anzusehen, um die Vorschläge einer für die Lösung der Gehaltsfrage eingesetzten Kommission abzuwarten. Ein Antrag des Abgeordneten Pion auf Erhöhung der niedrigsten Löhne auf sechshundert Kronen, wurde mit 105 gegen 17 Stimmen verworfen. Darauf wurde der Vorschlag der genannten Kommission mit 119 gegen drei Stimmen angenommen. Im Augenblick kann daher der Streik als sicher angesehen werden.

Regierungs-Schweregeburt in Sachsen

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Die Regierungsbildung in Sachsen ist noch keinen Schritt weiter gekommen. Die Lage ist noch so ungeklärt, daß keinerlei Prophezeiungen gestattet sind. In der schwierigsten Situation befinden sich unverkennbar die Rechtssozialisten. Sie haben in den letzten Tagen mit dem Berliner Gesamtverband ihrer Partei Verhandlungen gepflogen, ohne dabei über die einzuschlagende Taktik ins Reine gekommen zu sein. Die Stellung der U. S. P. Sachsens hat es den Rechtssozialisten sehr erschwert, leichtfertig über die Möglichkeiten zur Bildung einer sozialistischen Landesregierung hinwegzuschreiten und nach bekannten Rezepten zu versuchen, unserer Partei dafür die Verantwortung aufzubürden. Im rechtssozialistischen Capua Sachsens, in Dresden, wäre man freilich trotz allem dazu bereit gewesen. Die vom Geiste Gradnauers inspirierte „Dresdener Volkszeitung“ hat mit ungehörter Gewalt in den Staff der bürgerlich-rechtssozialistischen Regierungsopposition zurückgedrängt, auch für den Fall, daß diese Koalition durch die Teilnahme der Stinnesleute verbößert werden sollte. Sie vertrat, ohne zu erröten, eine rechtssozialistisch-demokratisch-volksparteiliche Regierungsopposition für den Fall, daß die Unabhängigen an ihrer Regierung, Demokraten in die Regierung zuzulassen, festhielten.

Den Dresdenern ist jedoch sehr heftig von den Chemnikern in die Parade gefahren worden. Die wirtschaftliche Konstellation im Chemnitz-Erzgebirger Gebiet würde ein weiteres Nach-rechts-tauneln der Gradnauerschen Partei unweigerlich zur Katastrophe dieser Partei führen. Das heißt vor allem die „Chemniker Volksstimme“, die im Kriege ein erfolgreiches Bettrennen mit den nationalsozialistischen Blättern führte, seit dem Revolutionsausbruch und dem Konjunkturausschwung jedoch den Kurs gewendet hat. Dieses bedeutendste rechtssozialistische Blatt Sachsens droht offen mit Rebellion für den Fall, daß an eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei gedacht werde. Allerdings lehnt sie auch die Kombination: Rechtssozialisten-Unabhängige-Demokraten nicht ab. Aber sie läßt doch erkennen, daß sie auch mit dem Wagnis einer reinsozialistischen Regierung ohne Demokraten einverstanden wäre.

Auf diesen zähen Widerspruch aus Chemnitz hin haben nun die Dresdener Rechtssozialisten Bedenken bekommen und sie geben kleinlaut bei. Ihr Blatt gibt die Idee, mit den Stinnesleuten ein Geschäft zu machen und die „Regierung der Mitte“ zu etablieren, blutenden Herzens auf. In bitteren Gefühlen knurrt sie:

„Daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft nur so will wie ihre Führer wollen, hat man schon öfter erlebt. Die sozialdemokratische Partei vermag es leider nicht über sich zu gewinnen, endgültig mit der negativen Tradition der Vorkriegszeit zu brechen und entschlossen in ein positives Fahrwasser überzusteuern.“

Damit wäre die Idee einer reaktionären Regierung der Mitte abgetan.

Das Verlangen der Rechtssozialisten, die Demokraten in die Regierung aufzunehmen, in die auch die Unabhängigen eintreten sollen, besteht aber fort. Es läßt jedoch auf Widerstand von links und rechts. Die Demokraten erklären, daß sie mit uns nicht regieren wollen; unsere Partei hingegen wird jedes Zusammenarbeiten mit Demokraten in der Regierung bestimmt ablehnen. Die Rechtssozialisten haben also die Wahl, entweder die U. S. P. abzustoßen, um die Demokraten zu behalten. Damit aber käme eine Regierung zustande, die überhaupt keinen Boden unter den Füßen hätte. Oder aber, sie ertöten ihre Liebe zu den Demokraten. Dann kommt eine reinsozialistische Regierung zustande, die angesichts der Drehkrankheit der Kommunisten zwar auch recht schwach fundiert ist. Aber diese Regierung könnte wenigstens den Versuch zum Schreiten machen. Stärz sie, so könnte das nur durch das Zusammenwirken der sächsischen Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien geschehen. Die darauf folgende Landtagsneuwahl würde den Kommunisten wenig Freude machen und die Rechtssozialisten würden diese Wahl unter diesen Umständen besser bestehen, als wenn sie sich als Teil einer aufgelösten reaktionären Mittelregierung den Wählern stellen müßten.

Am Montag trat die rechtssozialistische Fraktion des Landtags im Volksammerhaus zu einer Beratung über die Regierungsbildung zusammen. Sie wird jedoch noch nicht die endgültige Entscheidung treffen. Diese wird vielmehr von einer Ende dieser Woche einzuberufenden außerordentlichen Landeskonferenz gefaßt werden. Es ist noch völlig unsicher, in welcher Richtung die Dinge laufen werden.

Unter diesen Umständen kann die sächsische U. S. P. die Gestaltung der Dinge mit ruhiger Gelassenheit abwarten.

Der irische Bürgerkrieg

Die Vorsichtsmaßnahmen der englischen Regierung

London, 29. November.

Gestern Abend fielen zwei mit 17 englischen Polizisten besetzte Kraftwagen in der Nähe von Kilmichael in der Grafschaft Cork in einen Hinterhalt. Fünfzehn Polizisten wurde getötet und zwei verwundet. Die Kraftwagen wurden von den Angreifern, deren Zahl 100 betrug, in Brand gesteckt. Die Waffen und der Schießbedarf wurden von ihnen weggeführt.

Kardinal Logue in Irland verurteilt in einem Hirtenbrief die Dubliner Offiziersmorde, erklärt jedoch, durch das bei dem Fußballspiel vor den Regierungstruppen angerichtete Blutbad habe sich die Waage zu deren Ungunsten geneigt.

In Dublin sind seit dem letzten Sonnabend wieder acht Löden geplündert worden. Der Schaden beläuft sich etwa auf 200 000 Pfund Sterling. Bei dem Brand in Liverpool, der nur mit größter Anstrengung gelöscht werden konnte, sind etwa 13 000 Ballen Baumwolle verbrannt, deren Wert sich auf Millionen beläuft. Die Stadt ist von der Polizei eingeschlossen. Die Verbindung mit der Außenwelt ist unterbrochen.

„Daily Mail“ schreibt, daß die vor Downingstreet errichteten Barrikaden nicht nur zum Schutz gegen die Sinnfeiner, sondern auch gegen die Arbeitslosen errichtet seien, von denen man während des kommenden Winters Anruhen befürchtet.

